

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Wochens. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Jährlich erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Redakt nach Tarif, der jedoch bei...
Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf.
Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung / Postfach-Nr. Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 144

Altensteig, Donnerstag den 23. Juni 1932

55. Jahrgang

Das Ergebnis der Länderkonferenz

Der Reichsinnenminister verlangt Anpassung an die Reichspolitik

Berlin, 22. Juni. Im Reichsinnenministerium trat Mitt- noch vormittags die angekündigte Konferenz der Innen- minister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausweisungen vom 14. Juni ds. Js. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Freiherrn von Gaus zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnen- ministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innen- politische Lage und die Handhabung der Ver- ordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluss der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Länder- vertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine ein- heitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

Entscheidung Ende der Woche Der Verlauf der Aussprache

Berlin, 22. Juni. In unterrichteten Kreisen rechnet man da- mit, daß die „Kürze Zeit“, in der die noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder nach der amtlichen Mitteilung die Bekanntgabe ihrer Stellungnahme zugesagt ha- ben, sich auf etwa 2 bis 3 Tage belaufen wird. Die Entscheidung in der ganzen Angelegenheit wird damit für Ende der Woche zu erwarten sein. Die Vertreter der Länder sind über den Stand- punkt der Reichsregierung unterrichtet worden; es kommt nun darauf an, wie sich die Länderregierungen dazu einstellen und zwar handelt es sich naturgemäß in erster Linie um Bayern und Baden. Für die Entscheidung der beiden Länder, auf die es im wesentlichen ankommt, sind zwei Möglichkeiten gegeben, nämlich einmal die Aufhebung oder wenigstens kürzere Befristung des Uniformverbotes, zum anderen die Mitteilung an die Reichsregierung, daß die besonderen Verhältnisse in Süddeutsch- land eine Aenderung des bisherigen Standpunktes leider nicht ermöglichen. Nach der Stimmung bei den beiden Ländern be- trachtet man in politischen Kreisen die letzte Antwort als die wahrscheinlichste. Jedoch dann also, voraussichtlich bereits am Samstag die Notverordnung des Reichspräsidenten erscheinen würde, durch die die ganze Frage von Reichswegen geregelt wird. Vielleicht würden die beiden süddeutschen Länder darauf mit der Anrufung des Staatsgerichtshofes antworten.

Eine solche Einstellung würde nach Auffassung politischer Kreise keineswegs eine weitere Verschärfung bedeuten, vielmehr würde die ganze Konfliktangelegenheit damit nur auf den ordentlichen und nicht ungewöhnlichen Weg der juristischen Aus- tragung gebracht werden. In unterrichteten Kreisen vermutet man es zwar, von einer „Entspannung“ zu sprechen, man hat aber doch den Eindruck, daß die heutige Aussprache unter gar keinen Umständen eine weitere Zuspitzung herbeiführt hat.

Hitlers Kampfanzeige gegen das Zentrum

München, 22. Juni. Hitler hat im „Völkischen Beobachter“ einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt: „In Preußen hat das Zentrum mit der S.P.D. durch eine Schiebung den Bestand der schwarzroten Herrschaft zu sichern versucht. In Bayern hat dasselbe Zentrum unter Zuhilfenahme eines falschen Land- tagsprotokolls unsere gesamte Fraktion von der Ausübung der Vertretung der Interessen unserer Wähler ausgeschlossen. 1 270 000 Menschen sind allein durch diesen Streit um ihre ver- fassungsmäßigen Rechte gebracht worden. Im selben Augen- blick stehen das Reich und die Länder dank der vierzehnjährigen Luderwirtschaft derselben Parteien vor dem politischen und wirtschaftlichen Bankrott. Als verantwortlicher Führer der nationalsozialistischen Bewegung muß ich es daher ablehnen, mit diesen Parteien heute irgend einen Pakt zu schließen. Da durch die Schiebung der früheren preussischen Regierungsparteien die notwendige ausschließliche Übernahme der Verantwortung in Preußen durch die NSDAP. unmöglich gemacht wurde, müßte der Nationalsozialismus in dem Augenblick in eine Koalition mit einer Partei treten, wo dies an allen Stellen des Reiches die intoleranteste Verfolgung und Unterdrückung unserer Be- wegung ausübt. Lieber aber verzichten wir auf Minister, ehe wir unsere Ehre und unsere Grundidee preisgeben. Preußen und Deutschland werden nicht durch Schiebungen und Kompromi-isse, sondern durch charaktervolle Kraft gerettet. Das Zen- trum glaubt heute noch nicht an den Sinn der letzten Wahlen und an die Mission unserer Bewegung. Wir werden ihm die- sen Glauben noch im Monat Juli des Jahres 1932 beibringen. Parteigenossen! Sorgt jetzt dafür, daß der Wahlkampf am 31. Juli zur Entscheidungsschlacht wird. Der Sieg an diesem Tage muß auch die Macht der schwarzroten Parteien in Preußen und in den Ländern endgültig brechen, und zwar ohne Kom- promisse.“

Ein Abrüstungsvorschlag Hoovers in Genf

Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel — England und Frankreich gegen den Vorschlag Hoovers

Genf, 22. Juni. Selten war der Andrang des Publikums und der internationalen Presse, die größtenteils aus Lausanne zu den Verhandlungen herbeigeeilt war, auf der Abrüstungskonferenz so stark wie in der überaus eindrucksvollen Sitzung des Haupt- ausschusses, an der die Außenminister Deutschlands, Englands und Italiens sowie der französische Kriegsminister teilnahmen. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, eröff- nete die Sitzung und erteilte sodann dem Führer der amerika- nischen Delegation, Vizekonsul Gibson, das Wort.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika begann seine Rede mit der von der Versammlung mit größtem Inter- esse aufgenommenen Mitteilung, daß er vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika beauftragt sei, dem Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz eine Erklärung, die in diesem Augenblick in der ganzen Welt veröffentlicht werde, zu übermitteln. Der Präsident der Vereinigten Staaten gebe sich der größten Hoffnung hin, daß die Veröffentlichung seines Vor- schlages als ein Appell an die Völker angesehen werde und zu einer allgemeinen und gründlichen Prüfung des Abrüstungs- problems führen werde. Vizekonsul Gibson verlas sodann die

Vorschlag Hoovers, die in dem Vorschlag besteht, die gesamt- ten Weltleistungen um ungefähr ein Drittel herabzusetzen.

Hoover betont in seiner Vorschlag, daß in eine Stunde gekommen sei, wo man kurzentschieden an eine Herabsetzung der vorhandenen Rüstungslast, die auf der Welt lastet, herangehen müsse. Auf diese Weise würde der wichtigste Schritt für eine Erholung der Weltwirtschaft getan. Die Abrüstung würde die Furcht und das gegenseitige Mißtrauen beseitigen, das die Folge der Rüstungen sei. Wenn man für die Dauer von zehn Jahren durch Rüstungsherabsetzung eine Verschwendung von wenigstens 10 Milliarden Dollars vermeide, so werde der Gedanke des Frie- dens gestärkt werden.

Die Vorschlag Hoovers entwickelt dann im einzelnen einen umfassenden Abrüstungsplan, der von dem Grundgedanken aus- geht, daß der von allen Staaten unterzeichnete Kelloggspakt be- deute, daß die Staaten ihre Rüstungen lediglich zu Verteidigungs- zwecken zu gebrauchen geduldet. Die Land-, Luft- und Flottenrüstungen bildeten ein einheitliches Ganzes. Deshalb müßten auch die amerikanischen Vorschläge als ein Ganzes be- trachtet werden.

Auf dem Gebiete der Landrüstungen sieht der Plan Hoovers die vollständige Abschaffung der Tanks, des chemischen Krieges und der beweglichen schweren Artillerie vor. Die Personalstärke soll um ein Drittel herabgesetzt werden. Jeder Staat soll nach diesem Plan nunmehr so viele Truppen unterhalten dürfen, die er aus Gründen der inneren Sicherheit und um einen Angriff abwehren zu können, braucht. Als Grundlage für die Berechnung der Personalstärke jedes Staates soll die Seeresstärke an- genommen werden, die der Versailler Vertrag für Deutschland festsetzt hat.

Auf dem Gebiete der Luftrüstungen wird die vollständige Ab- schaffung der Bombenflugzeuge gefordert.

Was die Seerüstungen angeht, so empfiehlt Amerika die Herab- setzung der Gesamtkonsole der Panzerschiffe um ein Drittel, der Divisionsschiffe, sowie der Kreuzer und Torpedoboote um ein Vier- tel und der U-Bootboote um ein Drittel. Die Gesamtkonsole der U-Bootboote soll in keinem Staat 35 000 Tonnen überschrei- ten.

Die Vorschlag Hoovers stellt zum Schluß fest, daß der amerika- nische Plan zu einer starken Herabsetzung der Ausgaben für Neubauten und Erneuerung der Kriegsschiffe führen würde. Er würde jeder Nation die Möglichkeit großer Ersparnisse auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Flottenrüstungen verschaffen. Je- der Staat müsse zu dem gemeinsamen Werk beitragen. Es sei ein Wahnsinn, wenn die Welt sich weiter in militärischen Ausgaben erschöpfen wolle. Die Vereinten Staaten hätten ihre Vorschläge eingebracht, um die Völker zu entlasten.

Im Anschluß an die Verlesung der Vorschlag Hoovers gab Vize- konsul Gibson einige technische Erklärungen zu dem Plan u. betonte nochmals, daß Amerika bereit sei, seinerseits große materielle Opfer auf dem Gebiete der Abrüstung zu bringen.

Die Aussprache über den Hoovervorschlag Erklärung der Hauptmächte

Die Rede des amerikanischen Delegierten Gibson wurde von der Versammlung mit größtem Beifall aufgenommen. In der darauffolgenden Debatte an der zunächst die Vertreter Groß-

britanniens und Frankreichs das Wort ergriffen, zeigte sich je- doch, daß die mutine Initiative des Präsidenten Hoover bei den Abrüstungsmächten Europas sehr wenig beifällig aufgenommen worden ist. Der englische Außenminister Sir John Simon be- gann seine Rede mit der charakteristischen Erklärung, daß nicht einseitige Erklärungen eine Lösung des schwierigen Abrüstungs- problems herbeiführen können, sondern daß es nur auf dem Wege der Zusammenarbeit und mit dem Ziele eines für alle Staaten annehmbaren Übereinkommens gelöst werden könne. Er wies auf die in Genf befindlichen privaten Besprechungen der Delegationen hin, die den Zweck hätten, zu praktischen Lö- sungen zu kommen. Nach dieser grundsätzlichen Einschränkung erklärte Simon, die englische Delegation begrüße den amerika- nischen Vorschlag in allen seinen Einzelheiten. Großbritannien hoffe, daß der Plan alsbald von allen Seiten begrüßt werde.

In einer Rede, die eine Ablehnung des Hoover'schen Planes enthielt, erklärte der französische Kriegsminister Paul Doumer, der Plan sei der Ausdruck der Ungebild, mit der die amerika- nischen Staatsmänner die Arbeiten der Abrüstungskonferenz ver- folgten. Der Völkerverbund bringe die Herabsetzung der Rüs- tungen in Zusammenhang mit der Sicherheit. Die französische Delegation sei bereit, den Hoovervorschlag zu prüfen, müsse aber den Vorbehalt machen, daß die Organisierung des Friedens gleichzeitig erörtert werde. Doumer kritisierte zahlreiche Einzelheiten und lehnte die schematische Herabsetzung um ein Drittel ab, weil sie Ungerechtigkeiten schaffe. Frankreich habe weitgehend abgerüstet. Der Hooverplan könne nicht durchgeföhrt werden, ohne das die Fragen der Sanktionen geregelt würden.

Der russische Vizekonsul Witwinow übte scharfe Kritik an den Arbeiten der Konferenz. Nach sechsjähriger Vorbereitung und im 6. Monat der Konferenz wisse man noch nicht, welche Staaten gewillt seien, abzurüsten. Die russische Delegation lehnt jede Verantwortung über den Mißerfolg der Konferenz ab und begrüßte den amerikanischen Vorschlag.

Erklärung des deutschen Delegierten

Der deutsche Delegierte brachte in seiner Rede Bedenken dagegen zum Ausdruck, daß die Beschränkung der Rüstun- gen das gegenwärtige Verhältnis zwischen dem Rüstungs- stand in den verschiedenen Ländern nicht berühren sollten, und erinnerte an die besondere Lage, in der sich diejenigen Länder befinden, die schon abgerüstet haben. Die Vor- schläge selbst erschienen der deutschen Delegation sehr ge- mäßigt. Man müsse hoffen, daß man im Laufe der Ver- handlungen noch zu viel entscheidenderen Maßnahmen ge- langen werde. Je gründlicher die Rüstungsherabsetzungen seien, um so leichter löse sich das Problem der Gleichberech- tigung, deren Schaffung eine der wesentlichsten Bedingun- gen für den Erfolg der Konferenz sei.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ergriffen noch die Vertreter Italiens, Japans und Spaniens das Wort.

Der italienische Außenminister Grandi teilte mit, daß er dem italienischen Ministerpräsidenten die Vorschlag des Präsidenten Hoover übermittle habe. Im weiteren Ver- lauf seiner Rede führte er aus, er sei von Mussolini ermäch- tigt worden, zu erklären, daß Italien den amerikanischen Plan vollständig annimmt. Diese Annahme geschähe ohne jeden Vorbehalt. Grandi stellte fest, daß das amerikanische Projekt zum großen Teil sich mit dem Plan decke, den die italienische Delegation der Abrüstungskonferenz im Monat Februar eingereicht habe. Vor einem Jahre habe Präsi- dent Hoover durch seinen Vorschlag des Schuldenmorato- riums den Weg für eine praktische Lösung der wirtschaft- lichen Schwierigkeiten gewiesen. Und heute eröffne Hoover einen neuen Weg für die Lösung des Abrüstungsproblems. Grandis Rede wurde mit ausfallend fürwärtigem Beifall von den Delegationen und vom Publikum aufgenommen.

Der japanische Delegierte Vizekonsul Matsuda meinte, daß es am besten wäre, wenn die an den Washing- toner und Londoner Flottenverträgen beteiligten Regie- rungen sich ins Benehmen setzen würden, um die Vorschläge betreffend der Flottenrüstungen genau zu prüfen.

Der Vertreter Spaniens Vizekonsul de Madariaga ver- mittle an den amerikanischen Vorschlägen die Abschaffung der Militärflugschiffe und die Internationalisierung der Zivilluftfahrt. Die Sitzung fand sodann ihren Abschluß mit einer kurzen Erklärung Hendersons, der darauf hin- wies, daß die amerikanischen Vorschläge nunmehr einen Teil des Programms bildeten, das in den privaten Be- sprechungen der Delegationen weiter behandelt wird. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Besprechungen bald zu Ergebnissen führen, damit der Hauptausschuss noch vor der Sommerpause möglichst einige große Prinzipien zu Entschließen erheben könne.

Eine Tonfilmansprache des Reichsfanzlers

Lausanne, 22. Juni. Im Garten des Hotels der deutschen Delegation wurden heute Tonfilmansprachen gemacht, bei denen der Reichsfanzler u. a. sagte:

In dem harten Ringen um Deutschlands Schicksal, das zugleich das Schicksal der ganzen Welt ist, weiß sich die deutsche Delegation eins mit dem geschlossenen und festen Willen des gesamten deutschen Volkes. Die verantwortlichen Staatsmänner werden in Lausanne zu einem Ergebnis kommen müssen, das in klarer Erkenntnis gleicher Rechte und gleicher Pflichten aller Staaten der Welt den Frieden juristisch, nur ein Frieden kann Bestand haben, der das Interesse des einzelnen Volkes und das Gesamtwohl in Einklang bringt.

Französisch-belgische Einheitsfront in Lausanne

Paris, 22. Juni. Wie „Matin“ aus Lausanne erzählt, soll im Verlaufe einer Aussprache zwischen den französischen und belgischen Delegierten eine Einheitsfront bezüglich der Reparationsfrage zustande gekommen sein.

Havas über den Stand der Lausanner Verhandlungen

Paris, 22. Juni. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Lausanne kündigt an, daß heute nachmittag zwischen Herriot und MacDonald Memoranden ausgetauscht werden, in denen die Gründe für oder gegen die Streichung der Reparationen endgültig niedergelegt seien. Beiderseits habe man dargelegt, wie die Sanierung Deutschlands und der Wiederaufbau Europas in Angriff zu nehmen seien. Von einem konstruktiven Plan für die Regelung der Reparationen könne man nicht sprechen, denn dieser werde mit Nutzen erst beraten werden können, wenn man die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Delegationen beigelegt habe. Unter diesen Umständen sei die Nachricht, daß Frankreich von Deutschland eine Pauschalablösung von 8 bis 9 Milliarden Mark fordern werde, völlig abwegig.

Aus dem preußischen Landtag

Die Krise in Preußen

Berlin, 22. Juni. Vor Beginn der Landtagssitzung stellten fast sämtliche Fraktionen Beratungen ab. Die Wahl des Ministerpräsidenten wurde bis nach den Reichstagswahlen verschoben. Im Zentrum machte sich eine starke Strömung gegen die Wiederwahl des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerl geltend. Ein Antrag des Zentrums, die Wahl zunächst auszuschieben, wurde vom Verleseramt verworfen, schon aus dem rein formalen Grunde, daß doch heute die vierwöchige Frist, die verfassungsmäßig für die Bestätigung des Landtagspräsidenten angesetzt ist, abläuft. Daraufhin überbrachte das Zentrum ein Schreiben an die Nationalsozialisten, in dem es heißt:

„Das Zentrum hat vor vier Wochen seine Bereitwilligkeit, der größten Fraktion den ersten Präsidenten zu geben, hinlänglich bekundet. Heute wiederum den nationalsozialistischen Präsidenten zu wählen, ist der Zentrumsfraktion unter dem Eindruck der zwischenzeitlichen erfolglosen mahlofen Beschlüssen des Zentrums seitens der nationalsozialistischen Fraktion und Presse namentlich aber im Hinblick auf die unerhörten Angriffe des Fraktionsvorsitzenden Kube in der letzten Sitzung nicht möglich. Unter dem frischen Eindruck dieser Vorkommnisse kann man heute der Zentrumsfraktion nicht zustimmen, Herrn Kerl zu wählen. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Mindertraktat wird das Zentrum weiße Zettel abgeben.“

Erklärung der Kommunisten im preußischen Landtag

Im preußischen Landtag gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, daß sie bereit seien, bedingungslos für einen Kandidaten des Zentrums und der Sozialdemokraten zu stimmen, wenn die Gewähr geboten werde, daß kein Vertreter der Nationalsozialisten und Deutschnationalen in das Präsidium gewählt werde. Gleichzeitig beantragten die Kommunisten, die Sitzung für eine Stunde zu unterbrechen. Der komm. Vertretungsantrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen. Der Vorschlag bedeutet, daß Sozialdemokraten und Zentrum sich aktiv an den Wahlen beteiligen müssen.

Abg. Kerl zum Landtagspräsidenten wiedergewählt

Der preußische Landtag wählte dennoch zum endgültigen Landtagspräsidenten den Abg. Kerl mit 197 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen bei 64 Stimmenthaltungen des Zentrums. Außerdem erhielten Abg. Casper (K.) 53, Abg. Wittmann (Soz.) 91 Stimmen.

Bei der Stichwahl für den 1. Vizepräsidentenposten im preußischen Landtag wurden für den Abg. Dr. von Kries (Dn.) 182 Stimmen abgegeben, für den Abg. Wittmann 174 Stimmen, 52 kommunistische Stimmen sind ungültig. Dr. von Kries ist hier nach zum 1. Vizepräsidenten gewählt.

Zum 2. Vizepräsidenten wurde Abg. Baumhoff (3.), zum 3. Vizepräsidenten Abg. Baake (NS.) gewählt. Das Zentrum behielt sich die Entscheidung vor, ob es seinen Vertreter im Präsidium belasse.

Das Reich als Aktionär

Erklärung zur Angelegenheit Gelsenkirchen

Berlin, 22. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Bei der Transaktion betreffend Gelsenkirchen handelt es sich um ein Geschäft, das von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich persönlich im Laufe dieses Frühjahrs vorbereitet und durch einen von ihm am 31. Mai 1932 für das Reich unterzeichneten Vertrag zum Abschluß gebracht worden ist. Die neue Regierung hat dieses Abkommen vorgefunden. Insofern, die Rechtsgültigkeit zu bezweifeln, besteht nicht.

Man schreibt uns dazu:

Der Erwerb eines großen Pakets Gelsenkirchen-Aktien durch die Dresdener Bank bedeutet in Wirklichkeit kaum etwas anders

als eine verhehlerte Stützungsaktion für Dr. Friedrich Fild, den ungeliebten König der deutschen Montanindustrie. Es steht außer Frage, daß das Reich nun schon zum dritten Male der Privatwirtschaft zu Hilfe kommen mußte. Der Bankrott der Gelsenkirchener Schiffsabrikation, und nun ist ein neues, nicht unglückliches Experiment durch die Stützung der Montanindustrie unternommen worden. Der Erwerb der Gelsenkirchen-Aktien ist bekanntlich deshalb so bedeutungsvoll, weil diese Gesellschaft die Mehrheit der Aktien der Vereinigten Stahlwerke besitzt, worauf Filds Machtposition beruht. Da Fild jedoch nicht allein an der westdeutschen, sondern auch an der ostdeutschen Montanindustrie interessiert ist, so liegt in Wirklichkeit eine große Stützungsaktion des Reiches für die gesamte Montanindustrie vor.

Es handelt sich bei dem Erwerb der Gelsenkirchen-Aktien um recht bedeutende Mittel, die das Reich investieren mußte; denn zum Erwerb seiner Machtposition hatte Dr. Fild Gelsenkirchen-Aktien zu einer Zeit erworben, als diese sich zwischen 120 und 200 im Kurs bewegten. Diese Aktien führte er nicht mit eigenen Mitteln, sondern durch Heranziehung von Auslandsgeldern durch, jedoch auf diesen Aktienpaketen eine Belastung ruht, die auf jeden Fall erheblich höher ist als ihrem Tageskurs entspricht. Man muß bedenken, daß die Gelsenkirchen-Aktien schon auf 24 Prozent gesunken waren. Mit dem allmählichen Durchfallen der Pläne von neuen Transaktionen war noch vor kurzem eine Aufwärtsbewegung von Montanpapieren verbunden, die zu einer Kurssteigerung bei Gelsenkirchen bis auf etwa 42 Prozent führte. Abgesehen davon, daß mit dem Bekanntwerden der Übernahme des Aktienpakets durch das Reich bzw. die Bank des Reiches, die Dresdener Bank, der Kurs der Aktien sich wieder senkte, kann selbst der Stand dieses Papiers von 42 Prozent bei weitem nicht ausreichen, um die auf dem Papier liegenden Belastungen zu decken. Nach der Marktlage hat also das Reich ein sehr schlechtes Geschäft gemacht, da es für das Aktienkapital erheblich mehr bezahlen muß, als es wert ist. Der einzige Grund für das Reich, bestehn einzureisen, kann nur darin gelegen haben, daß es die wichtige Machtposition, vor allem die Beherrschung der Vereinigten Stahlwerke, in die Hand bekommen wollte und hierin einen genügenden Ausgleich für die tatsächlich vorhandenen Verluste sah. Dr. Fild hat mit der Realisierung Brünings-Dietrich das Geschäft abgeschlossen. Sein Hauptdruckmittel bestand darin, daß er erklärte, wenn das Reich nicht einträte, sei eine Ueberstrebungsgefahr nicht mehr zu vermeiden. Es wurde auch behauptet, daß sich bereits eine Reihe von Interessenten gefunden hätten, die einen Einfluß auf die deutsche Schwerindustrie wünschten. Dies alles sowohl für französische wie für polnische Wirtschaftskreise. Es erscheint reichlich unklar, ob diese „nationale“ Gefahr wirklich so groß gewesen ist.

Der Abschluß des Gelsenkirchener Vertrages ohne Mitwirkung der Fachressorts erfolgt

Berlin, 22. Juni. Von zuständiger Seite wird über den Abschluß des Vertrages mit der Gelsenkirchener Bergwerks AG. mitgeteilt, daß die Vorbereitung und der Abschluß des Vertrages ohne die Mitwirkung und Mithilfe der beteiligten Fachressorts des Reichsfinanzministeriums erfolgt ist. Diese Feststellung gilt insbesondere auch für die Person des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk in seiner damaligen Eigenschaft als Ministerialdirektor. Einzelheiten über die Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Vertrage weisenden Sachminister gesagt werden können. In der Erklärung des früheren Reichsfinanzministers Dr. Dietrich, er habe den Reichsfanzler Dr. Brüning und den Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold über den Vertrag in Kenntnis gesetzt, wird festgestellt, daß sowohl Professor Warmbold wie auch der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg die Verantwortung für diesen Vertrag abgelehnt haben.

Rundschau

Ein Anfang — Polen und Danzig

Holland und Belgien, und zusammen mit ihnen Luxemburg, haben das seit Tagen angekündigte Abkommen über die Herabsetzung der Zölle paraphiert. Dieses Abkommen ist nichts mehr und nichts weniger als der erste Schritt zu einer Zollunion zwischen den betreffenden Ländern. Und da das Abkommen für den Beitritt aller Staaten offensteht, könnte man die belgisch-holländisch-luxemburgische Aktion als die Schaffung der Gründungszelle der Vereinigten Staaten von Europa bezeichnen, als einen Versuch zur Erfüllung der Briand'schen Idee.

Bei näherer Betrachtung ergibt sich allerdings, daß es unangebracht ist, so weittragende Schlüsse aus der Wirtschaftskonvention Belgien - Holland - Luxemburg zu ziehen. Denn die Signatarstaaten denken nicht daran, die Zollmauern abzubauen. Sie wollen zunächst einmal sich verpflichten, keine neuen Zölle einzuführen, und selbst dies unter gewissen Klauseln. Ferner wollen sie die bestehenden Zölle jährlich um zehn Prozent herabsetzen.

Das mag viel sein in einer Zeit, die völlig auf Zoll-erhöhungen und Wirtschaftskrieg aller gegen alle eingestellt ist. Das ist aber zu wenig für den Beginn einer neuen Ära auf zollpolitischem oder gar staatspolitischem Gebiet. Der auf diese Weise geschaffene Antriebsimpuls würde nicht ausreichen, um sämtliche Mächte, darunter die größten, zusammenzubringen.

Er ist allerdings groß genug, um Länder wie Schweden, Norwegen und Dänemark zu überzeugen. Diese Staaten werden vermutlich dem neuen Abkommen beitreten. Es würde dann genügen, daß eine Großmacht einen Zwang auf zahlreiche Länder in derselben Richtung ausüben. Von da aus bis zur Schaffung einer Zollunion großen Stils wird immer noch ein gewaltiger Weg zurückzulegen sein.

Die dänisch-polnischen Beziehungen verschärfen sich unaufhaltsam. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß eine neue Protestnote von der einen oder anderen Seite erlassen wird. Es muß ausdrücklich fest-

gestellt werden, daß die Zustände in Danzig, wie sie durch die Polen geschaffen worden sind, als völlig unhaltbar bezeichnet werden müssen. Die polnischen Ansprüche auf die deutsche Hafenstadt an der Weichselmündung werden immer unglücklicher, die polnischen Zumutungen immer grotesker. Das unangemeldete Erscheinen des polnischen Schlachtschiffes in Danzig, die regelwidrigen Begleittereignisse der Ausladung polnischer Munition an der Westerplatte, das Warschauer Intrigenpiel um den deutschen Flottenbesuch in Danzig, dies alles sind die Konfliktstoffe, welche die Spannung zwischen Warschau und Danzig ins Ungeheure steigern.

Man muß sich immer wieder fragen, welche Ziele die Polen mit ihren Kampfmaßnahmen gegen Danzig verfolgen. Und man muß sich fragen, ob es nicht höchste Zeit ist, eine Regelung zu treffen, die zur Befriedung in Danzig führen könnte.

Kann gehofft werden, daß der Völkerbundrat während seiner bevorstehenden Tagung endlich zu Entschlüssen aufrufen wird, die zu einer Bereinigung der dänisch-polnischen Beziehungen führen würden. Solche Hoffnungen sind überaus gering. Denn bis jetzt wurden sie immer wieder enttäuscht. Indessen könnte nur eine Nachprüfung der Gründe, aus welchen die Schaffung einer freien Stadt Danzig für den polnischen Staat lebenswichtig sein sollte, zu einer befriedigenden Lösung der Danziger Frage führen. In maßgebenden Kreisen des Auslandes hat man offensichtlich Angst, diesen Fragenkomplex aufzurollen. Man verfolgt die Vogelstrauß-Politik auf so vielen Gebieten, daß es auf eine Frage mehr oder weniger kaum noch ankommt. Eine solche Taktik grenzt heute an Verbrechen, denn sie erhöht die ungeheuren Gefahren, die sich im Osten ansammeln. Aber die Völkerbundspolitiker, die für das Schicksal Danzigs die Hauptverantwortung tragen, ziehen es vor, blind, taub und stumm zu bleiben.

Der Flottenbesuch in Danzig

Danzig, 22. Juni. Die polnische Regierung hat der Danziger Regierung die Absicht der deutschen Reichsregierung, deutsche Kriegsschiffe zu einem Besuch nach Danzig zu senden, amtlich übermitteln und gleichzeitig erklären lassen, sie habe durch ihren Gesandten in Berlin darauf aufmerksam machen lassen, daß sie im gegenwärtigen Augenblick für einen Besuch der deutschen Marine in Danzig aus mehreren ernsthaften Gründen nicht für angebracht erachte. Die polnische Regierung halte auch heute noch diesen Standpunkt aufrecht. Mit Rücksicht darauf wird sich der diplomatische Vertreter der Republik Polen, wie er der Danziger Regierung mitteilte, nicht an den Veranstaltungen anlässlich des deutschen Flottenbesuches beteiligen. Die deutschen Schiffe werden Donnerstag früh 8.30 Uhr auf der Danziger Reede eintreffen.

Neues vom Tage

Schwere Zusammenstöße an der Frankfurter Universität Die Vorlesungen abgebrochen

Frankfurt a. M., 22. Juni. Trotz des vom Rektor der Universität erlassenen Verbots des Uniformtragens versammelten sich vor der Universität eine größere Anzahl nationalsozialistischer Studenten in Uniform und sang das Horst-Wessel-Lied. Aus einem Fenster der Universität hielt ein nationalsozialistischer Student eine Ansprache. Im Ehrenhof kam es zu Zusammenstößen mit kommunistischen Studenten. Zwei Studenten wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Vorlesungen wurden abgebrochen und das Universitätsgelände vorläufig geschlossen.

Kommunistische Ueberfälle in Breslau

Breslau, 22. Juni. In Breslau, wo heute abend in einer nationalsozialistischen Versammlung Reichstagsabg. Dr. Göbbels spricht, kam es zwischen 18 und 20 Uhr in verschiedenen Stadtteilen zu Ueberfällen von Kommunisten auf Nationalsozialisten, die sich zur Versammlung begeben wollten. Vier Nationalsozialisten sind schwer und eine Anzahl leichter verletzt worden.

Eine Lehre aus der Hessenwahl

Der Stahlhelm-Vorsitzende schreibt: Die Bestrebungen gewisser mittelparteilicher Klubs, durch Zusammenwerfung von Listen und Fusionierung bankrotter Mandatsinhabersfirmen eine Galvanisierung der politisch toten bürgerlichen Mitte herbeizuführen, werden durch das Ergebnis der hessischen Landtagswahlen in ein eigenartiges Licht gerückt. Alle Mittelparteien haben in Hessen zusammen noch so viel Stimmen aufgebracht, daß es zu einem halben Reichstagsmandat reicht. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß die bürgerlichen Mittelparteien, selbst wenn sie geschlossen in den Wahlkampf ziehen sollten, es vermutlich doch nicht zu mehr als zu einer Splittergruppe brächten. Während sich die „Führer“ in den politischen Klubs der Reichshauptstadt um Parolen und Mandate streiten, hat die Wählererschaft durch ihren Abmarsch in das Lager der nationalen Opposition längst ihre politische Entscheidung getroffen. Im Lichte der Hessenwahlen können die Bemühungen der mittelparteilichen Bürokratie, aus dem Zusammenbruch des Systems noch etwas zu retten, nicht mehr ernst genommen werden.

Die erste Abkühlung nach der Hochzeit

Veitshach, 22. Juni. Große Sensation in einem benachbarten Dorfe, denn die schönste Maid heiratet einen feierreichen Fremden, der erst vor kurzem wie der Ritter vom Helliggen Geal aus fernen Landen in dem kleinen Reiz aufgetaucht war. Das ganze Dorf ist auf den Beinen, steht Kopf an Kopf Spalter am Eingang der Kirche. Jetzt naht das Paar. Gerade will der lächelnde Bräutigam den Wogen zur Fahrt ins Glück besteigen, da trifft ihn ein daunenstarker Wasserstrahl, der unbarmerzig in wenigen Sekunden seinen trockenen Haden an ihm läßt. Bild fährt er herum, um sich auf den Frevler zu stürzen. Da steht schadenfroh die Kette der Beschwörer, der Abgewiesenen, neben einer alten Feuerspritze sickerhalt arbeitend. Sie haben nicht eber Verdon, bis der glitschnasse Hochzeiter resigniert die Böse zieht und ein Zug Wein zum Trunk auf sein Wohl stiftet.



Aus Stadt und Land

Montag, den 23. Juni 1932.

Johanni. Der Johannistag — 24. Juni —, der in diesem Jahre auf einen Freitag fällt, und der die Zeit der sommerlichen Licht- und Sonnenwende mit sich bringt, war einst einer der volkstümlichsten Feiertage. Schon bei den alten Germanen wurde der Johannistag durch das Mittsommerfest begangen. Hell ließen unsere Vorfahren zur Zeit der Sommer Sonnenwende die Freudenfeier zum Himmel lodern, als symbolische Zeichen voll erblühter, fruchtbarster Lebenskraft und Lebenslust. Seit dem vierten Jahrhundert ist der Johannistag, der Geburtstag des Johannes. Das Hauptmerkmal des Johannitages — andere Bräuche sind inzwischen verschwunden — sind noch immer die Höhenfeuer, auch Sonnenwendfeuer genannt, die bis zum 12. Jahrhundert zurückreichen. Auch den Buchdruckern gilt der Johannistag als Ehrentag. Sie gedenken ihres Altmeisters Johannes Gutenberg, dem die geniale Erfindung der Buchdruckerkunst zu danken ist. Mit ihren Angehörigen feiern die Jünger der „Schwarzen Kunst“ diesen Tag auf ihre Art. — Nach den Bauernregeln soll am Johannistag schönes Wetter sein: „Regen am Johannistag, nasse Ernte bringen mag“. — „Vor Johannis bitt um Regen, nachher kommt er ungelegen“.

Vorträge der Deutschen Welle über das Handwerk. Die Handwerkskammer Reutlingen teilt dazu folgendes mit: Erfreulicherweise wird nun auch die Deutsche Welle in ihrer Vortragsreihe das Handwerk stärker berücksichtigen. Das Programm sieht für den Monat Juli vier Vorträge über handwerkliche Fragen vor, sie werden sämtlich in der Zeit von 18.30—18.55 Uhr stattfinden und zwar am 4. Juli über das Thema „Handwerk und Staat“, am 11. Juli über das Thema „Handwerk und Siedlung“, am 18. Juli über das Thema „Handwerk und Volkstum“, am 25. Juli über die Frage des Handwerks im Kunstwerk. Wir versehen nicht, auf die bedeutungsvolle Veranstaltung der Deutschen Welle aufmerksam zu machen.

Magold, 21. Juni. Verhafteter Schwindler. Vor einigen Wochen wurde vor einem Schwindler gewarnt, der unredlicherweise Geldsammlungen für die durch Hochwasser geschädigten Gemeindefürsorge und Emningen in Effringen, Schöndronn usw. durchführte. Man hat ihn nunmehr in der Person des 34-jährigen Chr. Walz aus H o r b dingfest gemacht. Er wurde beim Betteln erwischt und bei der Vernehmung stellte es sich heraus, daß es sich um den bereits im Verdacht stehenden und rüchlichen Schwindler handelt. — Die Kriegergräber prangen seit einigen Tagen in frischem Blumenschmuck. Geranien und andere leuchtende Blumen zieren die langen Reihen der Heldengräber. — Die Grabarbeiten am Schwimmbad werden in dieser Woche fertig gestellt, so daß mit nächster Woche mit den Betonierungsarbeiten begonnen werden kann. — Für die große Gewerbeausstellung am 31. Juli in Magold, für die die Vorbereitungen im vollen Gange sind, haben sich rund 100 Aussteller gemeldet.

Calw, 22. Juni. (Kerztetagung in Bad Liebenzell.) Der Kerzte-Verein X der Oberämter Calw, Magold, Neuenbürg, Maulbronn und Baihingen und der Kerztetverein Pforzheim hielten am vergangenen Sonntag eine Tagung in Bad Liebenzell ab. Nach Besichtigung der Kurhäuser Dr. Bauer und Dr. Seeger und der Bäder fand im „Unteren Badhotel“ die Versammlung statt. Bei dieser hielt Bader Dr. Seeger einen Vortrag über die Kurmittel des Bades und die praktischen Erfahrungen mit den Bädern und Luftkuren in Bad Liebenzell. Nach der anschließenden Besichtigung der Kuranlagen nahmen die Teilnehmer des Abends im „Oberen Badhotel“ ein. Ein kleiner Tanz im Kurpaal schloß die Tagung, welche den Kerzten der weiteren Umgebung die Entwicklung des Bades und den guten Stand seiner Kurrichtungen anschaulich gezeigt hat.

Calw, 21. Juni. Im Juni 1872, also vor nunmehr 60 Jahren, ist als letzte Teilstrecke der 48,5 Kilometer langen Schwarzwaldbahn Juffenhäuser—Calw die Strecke Weilderstadt—Calw, 22,8 Kilometer lang, eröffnet worden. Seit 1900 ist von der bis jetzt eingleisigen Schwarzwaldbahn die 14,4 Kilometer lange Strecke Juffenhäuser—Leonberg in zweigleisigem Ausbau begriffen.

Weilderstadt, 22. Juni. Die J a h r m ä r k t e verlieren durch die allgemeine Wirtschaftsnote an ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung. Bei dem Jahrmarkt, der in Weilderstadt vergangenen Montag abgehalten wurde, stand das Angebot in keinem Verhältnis zur Nachfrage und Kaufkraft. Vieh und Schweine fanden geringen Absatz, mittlere Ware in Ferkeln fanden besser. Allenthalben wurde über schlechte Geschäfte geklagt.

Ergenzingen, O.A. Rottenburg, 21. Juni. (Motorradaunfall.) Am Sonntagmorgen fuhr Kaufmann August N i s h mit seiner Frau nach Haigerloch. Kurz vor Haigerloch bekam N i s h an seinem Motorrad Reifendefekt. Infolge des Anhaltes erlitt seine Frau und stürzte vom S o z i u s. Dabei erlitt sie einen Schädelbruch, was ihre Ueberführung nach Tübingen in die Klinik notwendig machte.

Trossingen, 22. Juni. (Die Löhne der städt. Arbeiter.) Die Sitzung vom 20. Juni, beschäftigte sich in der Hauptsache mit der endgültigen Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter, die Wohlfahrtsarbeiter und die Zusatzunterstützten. Eine frühere Sitzung hatte sich bereits damit beschäftigt und der Gemeinderat hatte den Beschluß gefaßt, entsprechend der Kürzung der Bauarbeiterlöhne auch die von der Gemeinde zu zahlenden Löhne von 70 Pfg. für die Stunde auf 60 Pfennig herabzusetzen. Da die Angelegenheit sehr viel Aufsehen erregt hatte, wurde sie nochmals in einer Sonder Sitzung behandelt. Um die Arbeiter einigermaßen zu entschädigen, wurde beschlossen, die Arbeitszeit zu verlängern, bei Befassung des herabgesetzten Lohnsatzes. Die städtischen Arbeiter werden also künftig statt 40 Wochenstunden 44 Stunden arbeiten, die Wohlfahrtsarbeiter statt 32 Stunden 36 Stunden, die übrigen ebenfalls bis zu 4 Stunden in der Woche länger als bisher.

Stuttgart, 22. Juni. (Betrunkene Kraftfahrer.) In einer Sitzung des Bezirksrates wurde einem Kraftfahrer, der erst nachträglich als Epileptiker festgestellt wurde, die Fahrerlaubnis dauernd entzogen. 6 Kraftfahrern wurde sie teils wegen Betrunketheit am Steuer, teils wegen zu raschenfahrens und dadurch verursachten Anfalls auf Zeit und zwar bis zu zwei Jahren entzogen.

Vaussen a. N., 22. Juni. (Frühkartoffelernte.) Die Frühkartoffelernte hat begonnen, die ersten wurden vor acht Tagen geerntet. Bis jetzt sind die Anlieferungen noch schwach, sie werden aber anfangs nächster Woche stärker einsehen. Der Ausfall ist sowohl quantitativ als auch qualitativ gut.

Riechheim u. L., 22. Juni. (Tödtlich verunglückt.) Schafhalter Karl Dorfner wollte mit seinem Jagdgewehr eine Kage in seiner Scheuer erschließen. Auf dem Weg dahin glitt er auf einer schmalen Staffeln aus und stürzte, wobei sich das Gewehr entlad. Der Schuß drang Dorfner in den Oberkörper und führte bald darauf zu seinem Tod.

Süßen, 22. Juni. (Brand in einer Dampfziegellei.) Am Dienstag nachmittag brach, wie schon gemeldet, in der Dampfziegellei G. Künze in Süßen Feuer aus, das seinen Ausgang im Trockenraum hatte und sehr rasch an Ausbreitung zunahm. Auch die Völkzüge von Geislingen a. Stg. und Göppingen wurden alarmiert. Trotz energischer Betämpfung griff das Feuer weiter und umscherte das gesamte Ziegellei-Gebäude ein. Auch das Dampfesselhaus wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die ausgebehten dreistöckigen Fabrikgebäude wurden ein Raub der Flammen; es stehen noch Siedelmauern und Erdgeschosse. Der Schaden ist beträchtlich, soll aber von der Versicherung gedeckt sein.

Napensburg, 22. Juni. (Schloßgut Benzenhofen.) Das bekannte Schloßgut Benzenhofen in der Nähe Napensburgs wurde bei der auf dem Rathaus abgehaltenen Zwangsversteigerung von Gutsbesitzer Anton Pfeiffer in Zuberger um 60 000 RM. gekauft. Bei der im vorigen Jahr abgehaltenen Zwangsversteigerung wurden 51 000 RM. geboten, der Käufer konnte jedoch den Zuschlag nicht erhalten. Die Verkaufssumme ist sehr niedrig gegenüber dem Schätzungswert, der bei den Gebäuden von der Gebäudebrandversicherungsanstalt auf 240 000 RM., bei den Ländereien (173 Morgen) vom Gemeinderat auf 235 000 RM. veranschlagt war. Dem Eigentümer, Herrn von Benze, steht ein Einspruchsrecht zu, von dem er voraussichtlich Gebrauch machen wird.

Christzhausen O.A. Wangen, 22. Juni. (Brand.) Morgens ist der schöne Hof von Franz Woll in Hintergöttelshofen abgebrannt. Ein fettes Schwein und das Geflügel sind verbrannt. Die 4 schulpflichtigen Kinder mußten aus dem Bett geholt werden und retteten sich nur im Hemde. Der Abgebrannte ist versichert. Die Entstehungsurache ist unbekannt. Kurzschluß kommt nicht in Frage. — In Unterharprechts ist ein vierjähriges Kind von F. Xaver Albrecht in der Güllegrube ertrunken.

Zur Reichstagswahl in Württemberg

Stuttgart, 22. Juni. Ein Erlass des Innenministeriums an die Wahlbehörden über die Reichstagswahl trifft nähere Bestimmungen über die Wahlberechtigung zum Reichstag ist, wer am Wahltag Reichsangehöriger und 20 Jahre alt oder älter ist. Wer am 21. Juli 1912 geboren ist, hat das vorgesehene Mindestalter. Die Gemeindebehörden haben die zur Durchführung der Wahl erforderlichen Vorbereitungen angeordnet zu treffen, wobei auf mögliche Einschränkung der Wahlkosten hingewirkt werden soll. Die Kreiswahlvorschläge müssen spätestens bis 14. Juli bei dem Kreiswahlleiter, die Reichswahlvorschläge spätestens bis 17. Juli beim Reichswahlleiter eingereicht werden. Innerhalb des 16. Wahlkreisverbandes Württemberg-Baden können mehrere Kreiswahlvorschläge verbunden werden. Die Benummerung der Reichs- und Kreiswahlvorschläge ist folgende: 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, 3. Kommunistische Partei Deutschlands, 4. Deutsche Zentrumspartei, 5. Deutschnationale Volkspartei, 6. Deutsche Volkspartei, 7. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), 8. Deutsche Staatspartei, 9. Bayerische Volkspartei, 10. Deutsches Landvolk (Christlich-nationale Bauern- und Landvolkspartei), 11. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung), 12. Deutsche Bauernpartei, 13. Konservative Volkspartei, 14. Landbund, 15. Deutschhannoversche Partei, 16. Volkssinnliche Reichvereinsigung, 17. Sozialistische Arbeiterpartei. Die Reichswahlvorschläge der anderen Parteien erhalten die sich anschließenden Nummern. Zum Kreiswahlleiter für den Reichstagswahlkreis III (Württemberg und Regierungsbezirk Sigmaringen), sowie zum Verbandswahlleiter des 16. Wahlkreisverbandes Württemberg-Baden ist Ministerialrat Dr. Kiefer, zum Stellvertreter Regierungsrat Dr. Feher, beide im Württ. Innenministerium, ernannt worden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Oldenburg-Jannschau kandidiert nicht mehr. Kammerherr von Oldenburg-Jannschau hat sich entschlossen für den neuen Reichstag nicht mehr zu kandidieren, da er wegen seines hohen Alters und seiner starken wirtschaftlichen Inanspruchnahme, die ihn in seiner Heimat Ostpreußen unentbehrlich mache, das Mandat als Reichstagsabgeordneter nicht mehr ausüben zu können glaubt.

Berzweigungsstiel einer Mutter. Die 27-jährige von ihrem Mann getrennt lebende, schwer lungenleidende Frau Hofenfeld in Hamburg hat nachts ihre drei Kinder im Alter von 3, 6 und 8 Jahren durch Gas getötet. Sie selbst hatte die Wohnung nach Desinfizieren der Gasöhne verlassen, war umhergeirrt und kehrte erst morgens in die Wohnung zurück, von wo sie später schwer krank in ein Krankenhaus geschafft werden mußte.

Beraubung eines Kupferstichtabnetts. Ein sensationeller Einbruch wurde in das Kupferstichtabnett im Schloß Alschaffenburg verübt. Es ist anzunehmen, daß eine große Anzahl der wertvollsten Blätter gestohlen worden ist.

Charley Weltmeister



Der Gürtel des Weltbormeisters

So sieht der Gürtel aus, um den Schmeling und sein Herausforderer Scharles kämpften.

Neuport, 22. Juni. Unter großer Spannung wurde am Dienstagabend in der neubauten Arena die Weltmeisterschaft im Schwergewichtsboren zwischen dem deutschen Titelverteidiger Schmeling und seinem amerikanischen Herausforderer Scharles ausgetragen. Unter den etwa 80 000 Zuschauern sah man den deutschen Generalkonful Schwarz und Oberbürgermeister Belker. In der Arena herrschte das bei solchen Anlässen gewohnte lebhafte Treiben. Ueberall aufgeregte Zuschauer, unter denen etwa 800 Polizisten für Ordnung sorgen mußten. Ueber dem Ring kreisten Flugzeuge. Schmeling lieferte einen arohartigen Kampf und zeigte sich vor allem als der große Stratege im Ring, wenn er auch wie üblich erst in den späteren Runden warm wurde und anfangs verschiedentlich Schläge seines Gegners einstecken mußte, die ihm jedoch nicht allzuviel anhaben konnten, da sie größtenteils ungenau gezielt waren. Zudem konnte er die härtesten Schläge durch seine elegante Fußarbeit vermeiden. In der sechsten Runde wurde Schmeling durch zwei mächtige Kopfschläge Scharles föhlich in Verlegenheit gebracht, er überwand aber die Situation, schon in den drei letzten Runden hatte er klare Vorteile. Der Schiedsrichter Kathison punktete allein 10 Runden für den Deutschen, Kelly und der Ringrichter Smith, ein ehemaliger Schwergewichtsborer, stimmten jedoch für Scharles, jedoch schließlich der Sieg dem Bostoner Marzoffen mit 2:1 Stimmen zugesprochen wurde. Bei Verkündung des Urteils brach ein förmlicher Proteststurm der Zuschauer aus, die allgemein Schmeling als Sieger erwartet hatten.

Schmeling hat von den Runden drei hoch und sechs knapp für sich entscheiden können. Scharles hat seine vier Runden allerdings glatt gebracht. Wie die Punktrichter voraus ein Punktmehr herausbringen konnten, erscheint vorerst unverständlich. Technisch und taktisch war der Bostoner kaum besser. In den Runden, in denen er ein Punktmehr erreichte, und in deren ersten Runden überhaupt wirkte er allerdings durch seine förmliche Komplexweise eindrucksvoller. Der punktmäßige Ausgang war aber keineswegs dementsprechend. Der Punktrichter Charlie Kathison hatte zehn Runden für Schmeling, Kelly und Smith (Ringrichter) sprach sich aber für einen Sieg Scharles aus. Schmeling war über den Spruch offensichtlich verblüfft und stand mit offenem Mund in seiner Ecke. Dann eilte er aber auf Scharles zu, um ihn zu begrüßen. Scharles erklärte vor dem Mikrophon strahlend, Schmeling sei ein hervorragender Sieger, der den Weltmeistertitel mit vollem Recht getragen habe. Dieses nachträgliche Lob kann mit dem Urteil nicht veröhnen, wenn auch anerkannt werden muß, daß Scharles entgegen allen Voraussagen die 15 Runden hervorragend durchgefallen hat.

Nach den vertraglichen Vereinbarungen wurden Schmeling 50 Prozent der Einnahmen (zirka 400 000 Dollar) garantiert, während sich Scharles mit 10 Prozent zufriedengeben muß. Von den restlichen 40 Prozent muß die veranstaltende Madison Square Garden Corporation dem Neuporter Milford noch einen erheblichen Prozentsatz übermeßen.

Aus dem Gerichtssaal

Freudenstadt, 22. Juni. (Falschmünzer vor Gericht.) Gestern hatte sich hier ein arbeitsloser Schreiner wegen Falschmünzerei, und zwei Hilfsarbeiter wegen Beihilfe zu verantworten. Im ganzen hat erigenannt ca. zwölf 2-Mark-Stücke aus Blei angefertigt und zusammen mit den weiteren Angeklagten in Verkehr gebracht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den ersten Angeklagten ein Jahr Gefängnis, gegen den zweiten sechs Monate Gefängnis und gegen den dritten drei Monate Gefängnis, je abzüglich der Untersuchungshaft. Das Urteil lautete beim ersten Angeklagten auf fünf Monate Gefängnis abzüglich zwei Monaten 15 Tagen Untersuchungshaft, beim zweiten drei Monate drei Tage Gefängnis, abzüglich zwei Monate drei Tage Untersuchungshaft und beim dritten zwei Wochen Gefängnis. Außerdem wurden die drei zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt und die Einziehung der Falschstücke, Werkzeuge usw. beschlossen.

Hohe Gefängnisstrafen für die Ueberfälle in Döheim

Stuttgart, 22. Juni. Im Verlauf der Sitzung des Schwelchöffengerichts kamen am Dienstag nachmittag die schweren Ueberfälle zur Verhandlung, die in der Freitagnacht von Kommunisten auf heimkehrende Nationalsozialisten verübt wurden. Insgesamt wurden acht Angeklagte beschuldigt, an diesen nahezu an verlusteten Totschlag grenzenden Ueberfällen beteiligt gewesen zu sein. Nach zahlreichen Zeugenausagen wurden die heimkehrenden Nationalsozialisten teilweise in geradezu viehischer Weise niedergeschlagen. Die Angeklagten bestritten jezt föhmlich, an dem Ueberfall beteiligt gewesen zu sein. Einer der Angeklagten hatte aber in der Voruntersuchung der Kriminalpolizei gegenüber ein umfaffendes Geständnis abgelegt, das er jezt allerdings zu widerrufen versucht. Zwei der Angeklagten wurden zu je ein Jahr drei Monaten Gefängnis, einer zu zehn Monaten und zwei zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte mußten mangels Beweises freigesprochen werden und gegen einen der Angeklagten wurde das Verfahren abgetrennt.

Meineide

Kottweil, 22. Juni. Das Schwurgericht hatte sich in seiner ersten Sitzung mit drei Meineiden zu befassen und verurteilte den 21 Jahre alten ledigen Schuhmacher Otto von Koch, O.A. Freudenstadt, zu einem Jahr Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust.



den 18 Jahre alten ledigen Installateur Viktor Söhler zu sechs Monaten Gefängnis und den 19 Jahre alten ledigen Tagelöhner Gustav Klint, der sich zurzeit wegen Einbruch- und Bandendiebstahls im Gefängnis befindet, einschließlich der früher erkannten Gefängnisstrafe von zwei Jahren, zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust, sowie dauernder Eidesunfähigkeit.

Am zweiten Verhandlungstag wurde der 23jährige ledige Flaschner G. Schabbe von Durrweiler D.M. Freudenstadt, wegen Weineids in einer Klimentenlade zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, abzüglich drei Monate Untersuchungshaft verurteilt. — Wegen weiter Verdrehen der Kindstodung erhielt die 27jährige ledige Dienstmagd Anna Worska aus Grünthal D.M. Freudenstadt, vier Jahre Zuchthaus. — Die Hausangestellte Kath. Blum von Tallingen muß wegen Weineids neun Monate ins Gefängnis.

Quittungen und Protokolle im Devaheimkonzern verschwunden

Im Devaheim-Prozess erörterte das Gericht, auf welche geheimnisvolle Weise ein Betrag von 99 000 RM. spurlos verschwunden ist. Von der Mühlheimer Baugenossenschaft wurde für den Zinsendienst der amerikanischen Auslandsanleihe ein Betrag von 99 000 RM. an Generaldirektor Zepfel gefandt, der diesen an den Kaufmann Clausen, der Treuhänder der Auslandsanleihe war, weitergegeben haben soll. Clausen behauptet nun, diese 99 000 RM. nie erhalten zu haben. Die 99 000 RM. sind verschwunden, und niemand weiß, wo sie sind. Eine Quittung über diesen Betrag ist ebenfalls verschwunden. Auf ebenso geheimnisvolle Weise sind Protokolle verschwunden, die Generaldirektor Zepfel anlässlich der Entlassung Clausens anfertigen ließ. Schließlich sind die Protokolle im Besitz des entlassenen Clausen wieder aufgetaucht, der erklärt, daß man sie ihm anonym zugesandt habe.

Schwere Strafen für Tabaksmuggler

Vom bayerischen Allgäu, 22. Juni. Die Brüder Josef und Alois Wörz von Oberstdorf wurden im November vorigen Jahres bei dem Versuch, Rauchtobak und 1700 Virginier von Tirol über die Grenze nach Bayern zu schmuggeln, von Grenzbeamten abgefaßt und zu Geldstrafen von 9900 bzw. 4400 RM. verurteilt. Vierzehn Tage später — die Strafe hatte keine Besserung zur Folge — wollten die beiden abermals 2000 Virginier über die Grenze bringen; sie wurden wieder erwischt und hatten sich neuerdings vor dem Gericht in Fügen zu verantworten, das den Josef Wörz zum achtsachen Betrag der hinterzogenen Steuer, nämlich zu 10 200 RM., sowie drei Monaten Gefängnis verurteilte. Alois Wörz muß den sechsfachen Betrag der hinterzogenen Steuer, also 7800 RM. bezahlen und außerdem sechs Wochen Gefängnis abtun.

Handel und Verkehr

Börse

Berliner Börse vom 22. Juni. Die heutige Börse stand ganz unter dem Eindruck der vorliegenden außen- und innenpolitischen Momente. Vor allem verklärte die Zukunft, der Situation in Lausanne, die durch die Bekanntgabe des französischen Memorandums und die französisch-belgische Einigung die der Reparationsfrage noch eine Verklärung erfahren dürfte. Die Franzosen wollen Deutschland die Ausföhrten der Varsablungen auf zwei Jahre zuschieben, aber nach diesen zwei Jahren sollen die Zahlungen wieder aufgenommen werden Neben diesem Moment war die uneklärte innenpolitische Lage ein Demunusfaktor. Nach wie vor bildet aber die Gelsen-Transaktion das Hauptgesprächsthema. Man erfährt erst jetzt, daß der Uebernahmepreis der Gelsenaktien über das Doppelte des Vorkurswertes beträgt und die ganze Summe circa 100 Millionen ausmacht. Der Kurs ging bei Minus-Minus-Notis um 2,82 Prozent zurück. Das Geschäft war im allgemeinen außerordentlich ruhig. Es ergaben sich auf der ganzen Bourse Rückgänge um 1 bis 2 Prozent.

Getreide

Berliner Prodstattendörje vom 22. Juni. Weizen märk. 252 bis 254, Roggen märk. 185—187, Futter- und Inbaltzweckweizen 162 bis 172, Doler märk. 167—161, Weizenmehl 30.75—34.75, Roggenmehl 26.10—27.10, Weizenkleie 9.90—10.50, Roggenkleie 10.10 bis 10.50, Viktoriaerbsen 17—23, kleine Speiseerbsen 21—24, Futtererbsen 15—19. Allgemeine Tendenz: befeht.

Fruchtpreise. Kauen: Gerste 9, Haber 9—9.20 Mark. — Leutkirch: Gerste 12, Haber 11 Mark. — Tuttlingen: Weizen 13—13.50, Gerste 10—11, Haber 9—10 Mark.

Holzpreise

Große Holzverkäufe in Baden. Im Wege von Vorverkäufen wurden aus Staatswaldungen in jüngster Zeit einzelne größere Posten Nichten- und Tannenstammholz abgesetzt. So verkaufte das Forstamt Gengenbach 700 fm. Nichten- und Tannenstammholz zu 43 Prozent, das Forstamt Waldkirch 230 fm. zu 37 Prozent (Fuderlöhne 5 RM. je fm.), das Forstamt St. Blasien 158 fm. zu 40 Prozent (Fuderlöhne 6.50 RM. je fm.), 319 fm. zu 46 Prozent, das Forstamt Langensteinbach 50 fm. Forchen zu 50 Prozent der Landesgrundpreise. Ferner wurden von Staatsforstämtern abgedeben von Nichten- und Tannenstammholz vom Forstamt Stotach 187 fm. zu 41 Proz., Forstheim 316 fm. zu 45 Proz., St. Märgen 52 fm. zu 42 Proz. der Landesgrundpreise.

Wetter für Freitag

Unter dem Einfluß einer Schwachen über dem Festland befindlichen Depression ist für Freitag und Samstag immer noch mehrfach bedecktes, noch kühles, aber allmählich wieder wärmeres Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Beste Nachrichten

Bayerische Volkspartei zur Länderkonferenz

Berlin, 22. Juni. Zum Ergebnis der Berliner Innenministerkonferenz bemerkt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz u. a.: Die Reichsregierung scheint genehmer zu sein, mit Hilfe des Artikels 48 sich ein Reichsrecht zu schaffen, das das Landesrecht außer Kraft setzt. Man müsse sich nach dem Ergebnis der Länderkonferenz auf einen schweren Eingriff der Reichsgewalt in die Länderrechte gefaßt machen. Damit übernehme die Reichsregierung eine Verantwortung für die Weiterentwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland, die ihr voraussichtlich keinen Ruhmestitel in der deutschen Geschichte einbringen werde. Es sei selbstverständlich, daß eine bayerische Regierung nicht in der Lage sei, den politischen Auffassungen der Reichsregierung entgegenzukommen.

Austritt aus der Wirtschaftspartei

Dortmund, 22. Juni. In einer Generalversammlung der Ortsgruppe Dortmund der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) wurde heute Abend einstimmig die Auflösung beschlossen. Alle Anwesenden traten zur Partei der Neuen Mitte über.

Oesterreich bereitet eine Devisenperre vor

Wien, 22. Juni. Auf Grund der Erklärung des österreichischen Finanzministers in Genf, daß die Nationalbank am 23. Juni die Devisenperre gegenüber dem Ausland verhängen müsse, falls bis dahin die geplante Anleihe für Oesterreich nicht abgeschlossen sein sollte, hat, wie die Blätter heute melden, die österreichische Nationalbank bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen und schon gestern Ueberweisungen von Auslandsguthaben zunächst zurückgestellt. Auf Devisenanforderungen wurde mitgeteilt, daß erst am Donnerstag eine Entscheidung getroffen werden könne.

Die Bergungsarbeiten am Dampfer „Egypt“

Paris, 22. Juni. Die Bergungsarbeiten am Dampfer „Egypt“ haben heute dazu geführt, daß die Taucher die ersten Goldbarren, die einen Wert von mehreren Millionen darstellen, heben konnten.

Erdbeben in Mexiko

Mexiko, 22. Juni. Ein Erdbeben und eine Flutwelle richteten heute in der Stadt Cuicatlan (Provinz Colima, Pazifische Küste) beträchtlichen Schaden an. Der Naturkatastrophe fielen auch Menschenleben zum Opfer, deren Zahl noch nicht feststeht.

Kriegerverein Altensteig.
Einladung zur Schiessbahn-Eröffnung!
Am Sonntag, den 3. Juli 1932 findet die Einweihung der Schießbahn verbunden mit einem Preisschießen statt. Beginn des Preisschießens vormittags 11 Uhr.
Sämtliche Schützenabteilungen der Kriegervereine und die sonstigen Schützenvereine der Umgebung werden hierzu eingeladen. Die Mitglieder des Kriegervereins Altensteig sind auch zugelassen. Die einzelnen Schützen schießen in der Reihenfolge des Eintreffens auf der Schießbahn.
Preisverteilung abends 6 Uhr im „Grünen Baum“. Anschließend gemütliches Beisammensein daselbst.
Der Ausschuß.

Jagd
In den Sägen bilden Lebensfreude jählt das Abenteuer auf die waldesmäßig erhellende, von ersten Räucherern reich beherrschte, große deutsche Jagdritzung „Der Deutsche Jäger“, Wägen, Altes deutsches Jagdblatt für Jagd, Kanologie, Schieß- und Jagdweisen und Jäger. Interessante Jagdritzung, genaue Jagdritzung, Artikel, gute Jagdritzung, Novellen und Romane, wertvolle Kunstgegenstände. Die abonnieren bei ihrem Besteller, den nächsten Postamt oder bei dem Verlag, Wägen 2 C, Sportplatz 11, 12 RM. 1.20 monatlich. — Wegen der großen nachdringenden Vorbereitung glänzendes Jagdritzung für solche und allgemeine Jagdritzung.
Tägliche Bestellungen:
Herausgeber: Die Jubiläum-Jagen, reich beherrschte, mit 6 Farben, best. RM. 7.50, geb. RM. 8.—
Herausgeber: Der Hund und den Gänzen, best. RM. 4.50, geb. RM. 5.—, Bestellungen Sie anfertigen Bestellungen.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk, Altensteig
Bringe morgen von 9 Uhr ab billige Rirschen von 20 S ab, sowie billige Prestlinge Frau Rech.

Dr. med. Richard Vogel
Freitag, den 24. Juni 1932
keine Sprechstunde

Dr. C. Seydel Zahnarzt
Freitag und Samstag verreist.

Die Maschine, die Sie sich wünschen.
Die kleine Mercedes mit den Vorzügen der großen Standard-Maschinen
Schöne Schrift
Leichter Anschlag
Große Durchschlagskraft
Bequeme Stechwalze
Dreifache Farbbandeinstellung
Linker und rechter Randsteller
Zwei Walzendrehknöpfe und viele andere Vorzüge
Auch gegen bequeme Teilzahlungen lieferbar
Buchhandlung Lauk Altensteig und Nagold.

Unterhaltung und Vergnügen bereiten Ihnen
Allsteinbücher
die nur noch 90 Pfennig kosten und in großer Auswahl zu haben sind in der
Buchhandlung Lauk in Altensteig und Nagold

Rollenpapiere
(Einwickelpapier) für Rollen-Abreib-Apparate empfiehlt die Buchhandlung Lauk Altensteig
Altensteig.
Blikableiter
fertigt in bestens bewährter Ausführung
Franz Müller, Flaschnerei u. Installationsgeschäft beim Postamt. Telefon 110.
Beratungen u. Kostenvoranschläge umsonst. Prüfung vorhandener Anlagen billigt.